

Rotes Favoriten

Bezirksblatt der **KPO**

Jänner 2020

Schwarz-grün ist auch blau

Von: KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner zur Präsentation des Regierungsübereinkommens.

Ohne eine gründlichere Einschätzung des Regierungsprogramms vorwegzunehmen: Die Migrationspolitik bleibt, was sie ist – von den österreichischen Neofaschisten geprägt und menschenrechtsfeindlich. Sie wird im Geiste Kickls fortgeführt – Abschiebezentren (Kurz: »Zurückstellung« von Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung), Sicherungshaft usw., das volle Programm. Die Geheimdienste werden in der Hand der ÖVP, d. h. in der Hand einer Partei gehalten. Zu den allergrößten Enttäuschungen des von Kurz und Kogler vorgestellten Regierungsteams gehört es wohl, dass es in der schwarz-grünen Bundesregierung kein Frauenministerium gibt, so als ob die Gleichberechtigung in Österreich bereits eine vollzogene Tatsache wäre.

Es war schon verblüffend, wie Werner Kogler die schwarz-grüne Übereinkunft politisch begründet hat. Zwei politische Lager seien in ganz Europa bei den letzten Wahlen gestärkt worden, die Neokonservativen und die Grünen. Schwarz-Grün leite „die große Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“ ein und werde damit zum europäischen Vorbild. Wie gesagt, verblüffend mit welcher

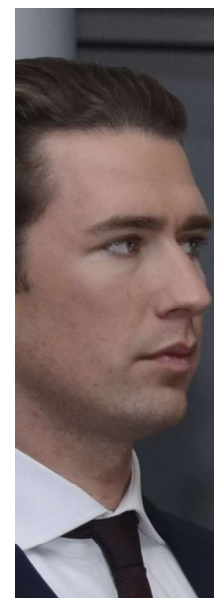
Selbstverständlichkeit der von der ÖVP verkörperte Neoliberalismus zur Verkörperung der Ökonomie wird, obwohl doch viele der GrünerInnen im Sinne der Ökologie doch auch ein anderes Wirtschaften für notwendig halten. Kogler und Kurz sehen es anders: ÖVP und Grüne seien »für unterschiedliche Dinge« gewählt worden. Und diese »unterschiedlichen Dinge« stehen im Regierungsprogramm nebeneinander. Scheinbar, denn wer das Sagen hat, was wem untergeordnet wird, ist durch die Ressortverteilung klargestellt.

Die Spielräume für das neue „Superministerium“ für Umwelt, Energie und Infrastruktur, das mit Leonore Gewessler kompetent besetzt ist, sind eng gezogen, solange sich die Regierungsparteien zu einem Nulldefizit verpflichten, und sich auch kein Wort von einer Vermögenssteuer oder Erbschaftsteuer im Koalitionsabkommen findet. Was das Regierungsabkommen als Ganzes auszeichnet, ist das Gegenteil: das Aufgehen »grüner« bzw. sozialer und ökologischer Anliegen im »Weiter so!« des neoliberalen Um- bzw. Abbaus des österreichischen Sozialstaats. Kon-

800.000 € Strafe für ÖVP

Es war schon lange bekannt nun wurde die Strafhöhe veröffentlicht.

Die ÖVP soll wegen massiven Überschreitungen der Wahlkampfkostengrenze im Jahr 2017 nun 800.000 € bezahlen. Diese Entscheidung hat der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS) im Kanzleramt



bekannt gegeben.

Dazu kommen noch 80.000 € für Verstöße gegen die Spendenregelungen des Parteiengesetzes dazu.

Die ÖVP hatte im Wahlkampf 2017 die stolze Summe von 12,96 Mio. Euro ausgegeben, das

waren um fast sechs Mio. Euro mehr als erlaubt.

Die Strafe gegen die ÖVP fällt deutlich höher aus als jene 2013: Damals hatte die Partei die Wahlkampfkosten um 4,3 Mio. Euro überschritten und musste dafür 300.000 € bezahlen.

>> Seite 2

sequent, dass »marktwirtschaftliche Anreize« den »Einstieg in den Umstieg« (Kogler) begleiten sollen.

Kein Zufall auch: kein Wort zum 12-Stunden-Tag, kein Wort zur de-facto-Machtübernahme der Kapitalseite im neuen Sozialversicherungssystem, weder von Kurz (no na), noch bei Kogler. Dafür Ankündigung einer Senkung der Körperschaftssteuer (Kurz), Salbungsvolles zugunsten »Standortstärkung«, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit usw.

In schwarz-blauer Zeit wurde das Kräfteverhältnis mit zusätzlichem Tempo zugunsten des Kapitals, zu-

lasten der Bevölkerungsmehrheit verschoben. Diese Tendenz bleibt in der schwarz-grünen Regierungskoalition unangetastet. Daran ändern die paar angekündigten sozialen Brösel nichts. Die Ankündigung der Ökologisierung der »Ökonomie« entbehrt jeder realen Grundlage, solange die große Industrie die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung festlegt und nicht umgekehrt; ein Kernanliegen der Grünen verwandelt sich in dieser Regierungskoalition in Absichtserklärungen. Es wäre schlecht und nicht gut, wenn sich solche Koalitionen in Europa als Vorbild durchsetzen.

Die Beteiligung der Grünen Partei schafft auch Klarheit und Chancen. Spätestens mit dem Regierungseintritt ist ihre Spitze in der bürgerlichen Mitte angekommen. Es liegt nun an der Linken bzw. an uns, den Platz zu füllen und eine klare anti-kapitalistische, radikaldemokratische, sozial-ökologische Kraft in Österreich links von Grünen und Sozialdemokratie aufzubauen. Bzw. mit den mehr oder weniger gelungenen bisherigen Versuchen in dieser Richtung fortzufahren, mit mehr Energie und Zielstrebigkeit. Das ist die größte Herausforderung, vor die uns die schwarz-grüne Regierungskoalition stellt.

KPÖ Favoriten diskutiert Schnellbahnring

Dipl.Ing. Max Kösseldorfer, Fachmann für den öffentlichen Verkehr in Wien, stellte das Konzept "Wiener Schmetterling" in einer Versammlung im KPÖ-Bezirkslokal Herzgasse vor. Dabei geht es um die Wiederinbetriebnahme der Schnellbahnverbindung in die Donau-stadt vom Hauptbahnhof über Simmering, Stadlau, Breitenlee in die Leopoldau

und zurück über Floridsdorf zum Handelskai. Dadurch würde ein neuer Schnellbahnring entstehen, der die östlichen und nördlichen Außenbezirke radial verbindet und in das bestehende U-Bahn- und Schnellbahnnetz integriert ist. Diese Linie könnte auf bestehende Gleise zurückgreifen und kostengünstig den öffentlichen Verkehr stärken, bestehende Linien entlasten und Pendlerverkehr abfangen. Für Favoriten ebenfalls wichtig wäre die Schließung des S-Bahn-rings entlang der Verbindungsbahn

bis Schwechat und entlang des Handelskais nach Norden. Ein Grundproblem des Wiener Verkehrsnetzes ist, dass die Schnellverbindun-



KPÖ unterstützt Ute Bock Haus.

Gerade rechtzeitig vor dem Winter übergaben AktivistInnen der KPÖ wieder mehrere Säcke mit Herren- und Damenbekleidung. Das Haus in der Zohmannsgasse hilft bekanntlich Flüchtlingen, die sonst von keiner Stelle Hilfe erhalten einschließlich einer zeitweiligen Unterkunft.

gen (mit Ausnahme der U6 und der Vorortelinie S45) auf das Zentrum ausgerichtet und die Außenbezirke untereinander wenig vernetzt sind. Der Ausbau der S-Bahn auf den bestehenden Gleisen könnte das Problem lösen.

Bezirkssplitter:

Endlich wieder Gemeindebau

Im November wurde der neue Gemeindebau in der Fontanastraße in Oberlaa – benannt nach der verstorbenen ehemaligen Parlamentspräsidentin Barbara Prammer – den Mietern übergeben. Es handelt sich um 120 Wohnungen, die ohne Kaution, Eigenmittel oder Provision und zu einem Quadratmeterpreis von 7,50 Euro bezogen werden können. So positiv diese Nachricht auch ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass es sich um den ersten Gemein-

debau seit über 15 Jahren handelt. In dieser Zeit hatte die Gemeinde Wien den kommunalen Wohnbau völlig eingestellt, was eine der Ursachen für die stark steigenden Mieten auf dem



privaten Wohnungsmarkt ist. In den kommenden Jahren sollen weitere 4000 Gemeindefwohnungen entstehen, viel zu wenige, um dem Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt

wirksam zu begegnen.

Ärztlemangel auch in Favoriten

Auch Favoriten leidet unter dem Ärztemangel. Es fehlen AllgemeinmedizinerInnen aber auch Fachärzte mit Kassenvertrag. Es gibt zwar insgesamt mehr ÄrztInnen denn je, es nimmt aber vor allem die Zahl der WahlärztInnen zu, die privat bezahlt werden müssen. Kein Wunder, dass die Spitalsambulanz gestürmt werden und chronisch überlastet sind. Die so-

genannten Primärversorgungszentren, die zur Entlastung vorgesehen sind, gibt es noch lange nicht. Aber auch sie können den Ärztemangel im niedergelassenen Bereich nicht ausgleichen. Wer ist schuld? Es gibt ein Kartell zwischen den Krankenkassen und der Ärztekammer. Die Kassen wollen die Zahl der Verträge möglichst gering halten, die Ärztekammer ebenso, um

die Einkommen der Kassenärzte durch eine hohe PatientInnenfrequenz zu sichern. Gleichzeitig spüren die PatientInnen, und klagen auch die ÄrztInnen, dass immer weniger Zeit für den Einzelnen bleibt.

Dieser Kreislauf auf Kosten der PatientInnen muss endlich durch eine grundlegende Reform durchbrochen werden.

Der neue 11er...

Seit einigen Monaten verkehrt nun der 11er statt dem 67er in Favoriten und Simmering. Wie wir bereits früher im „Roten Favoriten“ kritisiert haben, müssen die Passagiere, die in Simmering einsteigen, nun in den verkürzten 6er umsteigen, wenn sie zum Westbahnhof fahren wollen. Die Wiener Linien argumentieren, dass mit der Linie 11 und dem 6er auf der am meisten frequentierten Strecke zwischen Absberggasse und Quellenplatz durch die zwei Linien eine höhere Zugdichte erreicht werde. Da ist aber offensichtlich der Wunsch Vater des Gedankens. Bei der niederen Fahrfrequenz, die der 11er erreicht, ist eine kürzere Wartezeit auf dieser Strecke Utopie und es haben uns schon viele Klagen erreicht. Positiv ist, dass die Linie D bis zur Absberggasse fährt und damit der Hauptbahnhof von der Kreta leichter erreichbar sein wird.

Kautionsfonds für Wien

Die Aufbringung von mehreren Monatsmieten Kaution beim Umzug ist eine große Hürde für Wohnungssuchende mit wenig Geld – das könnte aber anders werden. Alleinerzieherin S. wohnt mit ihren beiden Kindern in einer Wohnung in Wien, deren befristeter Mietvertrag in Kürze ausläuft. Für die neue Wohnung, die sie nach intensiver Suche endlich finden konnte, soll sie der Maklerin zwei Monatsmieten bezahlen, sowie drei Monatsmieten Kaution vorstrecken. Die Kaution ihrer alten Wohnung, die wegen der geringeren Miete weniger als die Hälfte beträgt, soll sie erst mit Verzögerung nach Auszug wiederbekommen. Dazu kommen noch die Kosten für den Umzug und einige neue Möbel müssen angeschafft werden. Trotz Hilfe von Seiten der Familie und Freund*innen kann sie das Geld nicht aufbringen, die Ersparnisse sind aufgebraucht, ihr Konto hat sie schon bis zum Limit überzogen, wofür sie 12% Zinsen bezahlen muss, sie ist ratlos und verzweifelt. Gratis Kautionsdarlehen: In Graz – und heuer auch in Linz und Salzburg – haben KPÖ Gemeinderät*innen eine Unterstützung für einkommensschwache Wohnungssuchende durchgesetzt:

Vor dem Umzug wird der Vermieter*in ein Kautionsbeitrag als Darlehen überwiesen, der die Hälfte der Bruttokaution bis maximal €1000 beträgt. Erst nach Ende des Mietvertrags, wenn die Mieter*in die Kaution wieder zurückbekommt, muss dieses Darlehen wieder zurückgezahlt werden.

In Wien als größter Stadt Österreichs gibt es diese Kautionsdarlehen nicht.



Zum Download der Unterschriftenlisten:

<https://wienanders.at/wp-content/uploads/2019/07/petition-kautionsfonds-doppelseitig-1.pdf>

Infos und Kontakt auf: www.facebook.com/KautionsfondsWien/

Memento Favoriten

Ein Online-Tool des DÖW über Opfer der NS-Diktatur

„**Memento Wien**“ ist ein Erinnerungsprojekt des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), das die Möglichkeit bietet, mittels gezielter Recherche nach Personen und Adressen Informationen über Widerstand und Verfolgung in Wien-Favoriten abzurufen. „Memento“ ist optimiert für mobile Endgeräte, man kann also auch am Smartphone oder Tablet den Stadtplan aufrufen und so die letzten Wohnadressen der Ermordeten sowie eine Reihe weiterer Informationen (Fotos, Dokumente) in Erfahrung bringen. Neben der Entrechtung, Vertreibung und Ermordung

der österreichischen Jüdinnen und Juden wird auf diesem Weg auch die Geschichte von Widerstand und politischer Verfolgung im Bezirk sichtbar. Sucht man etwa nach der Adresse des Pernerstorferhofes (Troststraße 68–70), wo die KPÖ-Favoriten auch ihr Bezirkslokal hat, so erfährt man die Namen von vier Männern, die Opfer der NS-Diktatur wurden, darunter die beiden kommunistischen Widerstandskämpfer Anton Dobias und Felix Schmidbauer, die wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und 1943 bzw. 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet wurden. Recherchiert man die nahe ge-

legene Alxingergasse, so sind neben neun Namen



auch Informationen über das Altersheim der Israelitischen Kultusgemeinde abrufbar, das dort seit Oktober 1941 – seit dem Beginn der großen Deportationen – im Haus Nr. 97 untergebracht war. Für 509 Jüdinnen und Juden, deren Namen im einzelnen angeführt werden, erwies sich diese Einrichtung als Zwischenstation auf dem Weg zur Vernichtung. Die meisten von ihnen wurden ab Sommer 1942 nach Theresienstadt deportiert. Im September 1942 wurde das Altersheim geschlossen. Am 13. November 2019 beschloss die Bezirksvertretung einstimmig am Haus Alxingergasse 97 eine Gedenktafel anzubringen.

www.memento.wien



Bitte sendet mir **Rotes Favoriten** weiter zu

Ich bin an der KPÖ interessiert und möchte Kontakt aufnehmen.

Bitte hier die Kontaktdaten angeben und den Abschnitt an **KPÖ-Wien, 1140, Drechslergasse 42** senden oder ein E-Mail an: wien@kpoe.at